

Berlin. Bereits zum fünften Mal haben die Deutsche Reiterliche Vereinigung (FN) und der Deutsche Bauernverband gemeinsam zu einem Parlamentarischen Abend in die Zentrale der Deutschen Kreditbank (DKB) in Berlin eingeladen. 20 Parlamentarier waren zu Gast.

Die Vertreter beider Verbände nutzten die Gelegenheit, um sich mit den Bundestagsabgeordneten über anstehende Themen rund um Pferdehaltung, -zucht und -sport auszutauschen. Besonders erfreut zeigten sich der FN-Präsident Breido Graf zu Rantzau und sein Amtskollege vom DBV, Joachim Rukwied, über den Besuch von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, der erstmals der Einladung gefolgt war.

„Landwirtschaft und Pferdehaltung und Pferdezucht gehören zusammen“, betonte der Bauernpräsident in seiner Eingangsrede und nahm dabei auf die rund 30.000 landwirtschaftlichen Betriebe Bezug, die inzwischen vom Pferd leben. „Und das nicht nur im Nebenerwerb. Insbesondere in Ballungsgebieten ist das Pferd oft die Haupteinnahmequelle“, sagte er. Zunehmend machen ihnen aber Vorschriften und Auflagen das Leben schwer, wie Graf zu Rantzau erläuterte. „Das geht so weit, dass in einem Einzelfall sogar ein täglicher freier Auslauf von sechs Stunden für jedes Pferd gefordert wird. Wenn das allgemein Schule macht, dann können viele Pferde haltende Betriebe und Reitschulen einpacken“, sagte der FN-Präsident und forderte, dass man den Vereinen und Betrieben genügend Spielraum in Fragen der Pferdehaltung einräumen müsse. Rantzau betonte: „Es geht den Pferden heute generell so viel besser als in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten. Medizinische Versorgung und Haltungsbedingungen und auch sportliche Rahmenbedingungen entwickeln sich stetig zum Besseren. Das ist weiterhin unser größtes Bestreben.“

Zugleich galt der Dank des FN-Präsidenten den Politikern, die sich in jüngster Zeit hinter die FN

und gegen die Pferdesteuer gestellt haben. So hatten sich bereits im Vorfeld des Parlamentarischen Abends die Bundestagsabgeordneten Reinhold Sendker, Dieter Stier, Rita Stockhofe, Gudrun Zollner und Sibylle Pfeiffer in einem flammenden Appell gegen die Pferdesteuer mit der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU und CSU Deutschlands, der FN und den Landespfersport- und Zuchtverbänden an die Entscheidungsträger in den Kommunen gewandt. Beim Parlamentarischen Abend gab es Rückendeckung von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt. „Schwierig wird es dann, wenn ein Instrument des Staates, das dazu verwendet werden soll, das Staatssäckel zu füllen, zur Vergällung einer Branche führt“, sagte Schmidt und bekräftigte: „Deutschland ist ein Pferdeland.“

„Wir freuen uns sehr, dass die Resonanz auf unseren Parlamentarischen Abend auch in diesem Jahr so gut war. Insgesamt sind 20 Parlamentarier unserer Einladung gefolgt. Eine hohe Zahl, die die Bedeutung unserer Verbände widerspiegelt, wie uns mehrfach mitgeteilt wurde“, sagte FN-Generalsekretär Soenke Lauterbach.